

Ausgabe 72, 06. Mai 2009

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

In dieser Ausgabe

Die Deutschen bekommen wieder mehr Kinder - vor allem im Osten der Republik Eine Ursache für den leichten Anstieg der Fertilität in den Jahren 2007 und 2008 ist vermutlich die neue familienpolitische Richtung, zu der auch das Elterngeld gehört

[weiterlesen](#)

Die Deutschen bekommen wieder mehr Kinder - vor allem im Osten der Republik Eine Ursache für den leichten Anstieg der Fertilität in den Jahren 2007 und 2008 ist vermutlich die neue familienpolitische Richtung, zu der auch das Elterngeld gehört

Nach langen Jahren niedriger und zum Teil sogar sinkender Fertilitätsraten ist Deutschland seit 2007 wieder ein wenig geburtenfreudiger geworden. Diese Entwicklung verläuft zeitgleich mit der Einführung des Elterngeldes. Dabei profitieren vor allem urbane Regionen und die neuen Bundesländer von den leicht gestiegenen Geburtenzahlen. Diese Zusammenhänge beschreibt ein neues Diskussionspapier des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, das die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau und der Zahl der Geburten in den letzten Jahrzehnten untersucht. Das Papier mit dem Titel "[Kleine Erfolge](#)" lässt den Schluss zu, dass die Richtung der neuen Familienpolitik stimmt.

Nach dem Babyboom in den 1960er Jahren wurde in Deutschland 1971 das letzte Mal über eine Million Kinder geboren. Seitdem sank die Zahl der Geburten und erreichte im Jahr 2006 ihren vorläufigen Tiefpunkt mit nur 672.724 Neugeborenen. Dieser Trend schien vorübergehend gebrochen, als das Statistische Bundesamt im August 2008 verkündete, in Deutschland seien 2007 rund 10.000 Kinder mehr als im Jahr zuvor geboren worden. Zusätzlich zu den Geburtenzahlen stieg erstmals seit sieben Jahren auch die durchschnittliche Kinderzahl je Frau (die so genannte Fertilitätsrate) deutlich an - von 1,33 im 2006 auf 1,37. Doch bereits 2008 lag die Zahl der Neugeborenen wieder um etwa 8.000 unter dem Vorjahresniveau. Hatte das kostspielige Elterngeld womöglich nur ein kurzes Strohfeuer entfacht?

Der Rückgang der Kinderzahlen hat allerdings primär einen ganz anderen Grund: Weil die zahlenmäßig große Gruppe der Babyboomer, die etwa ab 1955 geboren wurde, allmählich das Alter verlässt, in dem Frauen Kinder bekommen können, sinkt seit Jahren die Zahl potenzieller Mütter in Deutschland. Deshalb muss bei gleich bleibender Fertilität die Zahl der Neugeborenen Jahr für Jahr abnehmen. Die Trendumkehr im Jahr 2007 ist deshalb ein Zeichen für eine gestiegene Fertilität. Und selbst der leichte Rückfall im Jahr 2008 unter die Geburtenzahl des Vorjahres kann nicht als Rückgang der Fertilität gedeutet werden.

Da sich die tatsächliche Fertilitätsrate für 2008 derzeit noch nicht berechnen lässt, weil die dafür notwendigen Daten der statistischen Ämter noch nicht vorliegen, muss die Fertilität bis auf weiteres mittels eines anderen Indikators ermittelt werden: über die Zahl der jährlichen Geburten je 1.000 Frauen im fertilen Alter zwischen 15 und 44 Jahren. Von diesen Frauen gab es 2007 insgesamt noch 15.881.000, und diese bekamen je 1.000 Frauen 43,1 Kinder - gegenüber nur 41,7 im Vorjahr, also vor der Einführung des Elterngeldes. Unter der Annahme, dass die komplette Gruppe der 14- bis 43-jährigen Frauen von 2007 im Jahr 2008 die Frauen zwischen 15 und 44 Jahren repräsentieren, umfasst diese Gruppe im fertilen Alter 2008 nur noch 15.571.000 Personen. Die Zahl der Geburten je 1.000 in diesem Alter ist jedoch auch 2008 weiter leicht gestiegen - auf 43,3. Damit hätte sich der mögliche Elterngeldeffekt im Jahr 2008 fortgesetzt.

Der Erfolg der neuen Familienpolitik wird dadurch zwar nicht statistisch beweisbar, aber die Zahlen sind kaum anders zu deuten. Dennoch fällt der Effekt vor allem im Vergleich zu kinderreicheren europäischen Nationen wie Frankreich oder Schweden ernüchternd gering aus. Interessant sind allerdings die regionalen Veränderungen der Fertilität in Deutschland, die einiges über die Wirksamkeit des Elterngeldes aussagen:

Nach dem Zusammenbruch der DDR 1989 verzeichneten alle ostdeutschen Bundesländer zunächst einen starken Rückgang der Kinderzahlen. Im Jahr 1994 war der Tiefpunkt erreicht - mit durchschnittlich 0,77 Kindern pro Frau. Ostdeutsche Paare entschieden sich nach der Wende und in unsicheren Zeiten auf dem Arbeitsmarkt gegen eine Familiengründung. Frauen in den alten Bundesländern bekamen zu diesem Zeitpunkt rund 1,4 Kinder. In vielen Landkreisen lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau allerdings über 1,6 und in einigen Städten unter 1,2.

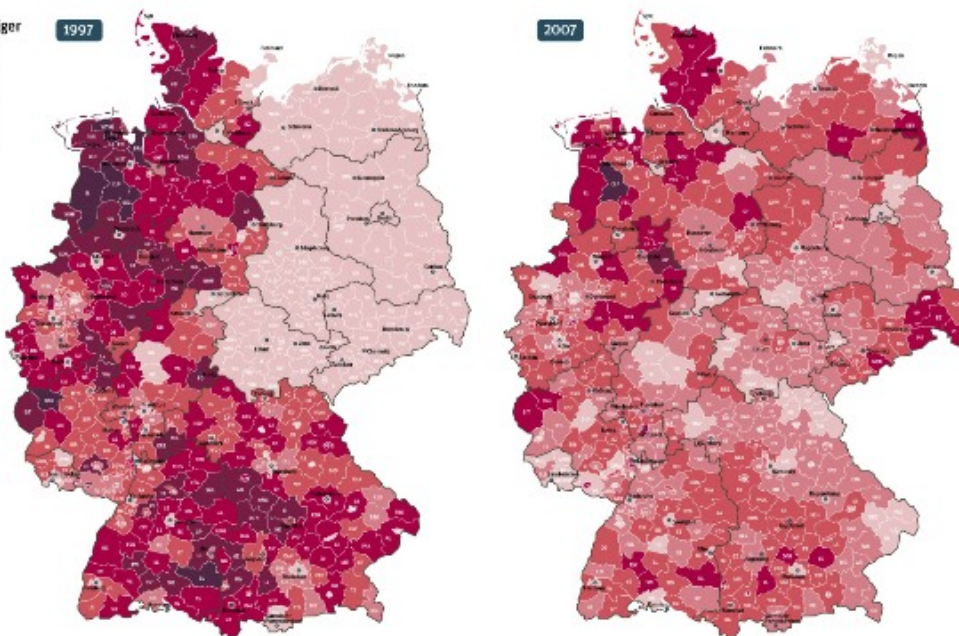
Ein Blick auf die aktuelle Verteilung der Kinderzahlen in Deutschland (2007) zeigt keine Ost-West-Unterschiede mehr. Die westdeutschen Landkreise mit vormals hoher Kinderzahl sind fast alle auf den bundesdeutschen Mittelwert abgesunken. Dort bekommen die Frauen heute weniger Kinder als noch vor zehn Jahren. Die ostdeutschen Landkreise haben hingegen aufgeholt. Dort bekommen die Frauen aktuell etwa genauso viele Kinder wie ihre Nachbarinnen in Westdeutschland. Dieser Aufholeffekt hat im Jahr 2007 seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Annäherung der ost- und westdeutschen Regionen

Gesamtfertilitätsrate (durchschnittliche Kinderzahl je Frau) in Kreisen und kreisfreien Städten 1997 und 2007

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Regionaldatenbank; eigene Berechnung)

- 1,3 und weniger
- 1,31 bis 1,4
- 1,41 bis 1,5
- 1,51 bis 1,6
- 1,61 bis 1,7
- mehr als 1,7



Im Jahr 1997 wurden in Deutschland durchschnittlich 1,37 Kinder pro Frau geboren - genauso viel wie 2007. Auf regionaler Ebene hat sich jedoch viel verändert. Viele westdeutsche Landkreise mit ehemals hohen Kinderzahlen haben sich bis 2007 dem Durchschnitt angepasst oder liegen sogar darunter. Dagegen haben die meisten ostdeutschen Regionen stark aufgeholt.

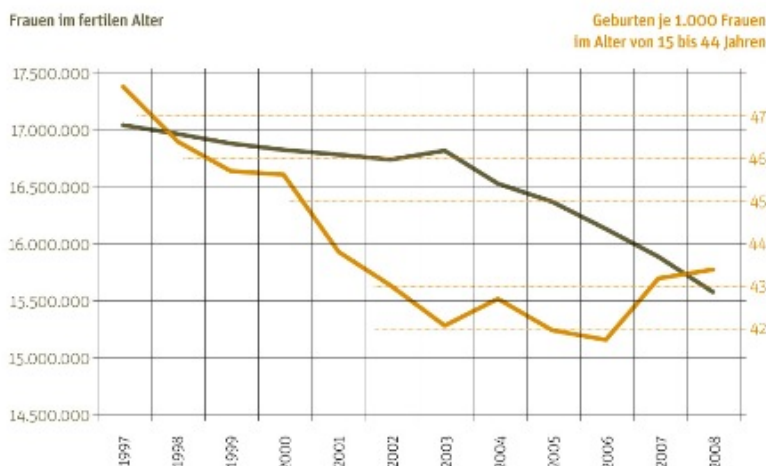
Das Berlin-Institut erklärt diese Annäherung der Verhältnisse wie folgt: Zum einen haben die neuen Bundesländer nach den extrem kinderarmen 1990er Jahren einen gewissen Nachholeffekt in Sachen Familiengründung - aufgeschobene Kinderwünsche wurden mittlerweile verwirklicht. Zum anderen scheinen traditionelle Familienverhältnisse - Mann im Erwerbsleben, Frauen im Familiendienst - in den ländlichen Regionen des Westens langsam aber sicher an Bedeutung zu verlieren. Gerade dort ist die Fertilitätsrate aller Familienpolitik zum Trotz häufig gesunken. Auch in diesen Regionen sind Frauen immer häufiger erwerbstätig, die öffentlichen Betreuungsangebote für Kinder sind aber noch nicht so gut ausgebaut wie in den urbanen Zentren. Weil das 2007 eingeführte Elterngeld die Doppelverdienergemeinschaft und damit erwerbstätige und oft auch gut qualifizierte Frauen begünstigt, profitieren diese Regionen anscheinend weniger davon.

Insgesamt sind die Kinderzahlen dort gestiegen, wo mehr Frauen berufstätig sind - also tendenziell in den Städten und eher in Ost- als in Westdeutschland. Die Einführung des Elterngeldes hat diesen Effekt nicht ausgelöst, sondern einem ohnehin bestehenden Trend zu mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen weiteren Schub verliehen.

Weniger Mütter, aber nicht weniger Kinder je Frau

Zahl der Frauen im fertilen Alter und Neugeborene je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren (1997 bis 2008*)

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, Genesis-Online)



* Wert für 2008 geschätzt

Als Folge der Alterung der Babyboomer sinkt in Deutschland seit Jahren die Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter. Bei gleichbleibender Fertilität muß deshalb auch die jährliche Gesamtzahl der Neugeborenen abnehmen. Lange ist aber auch die Zahl der neugeborenen je 1.000 Frauen im fertilen Alter gesunken - ein Zeichen für eine wachsende Kindermüdigkeit in Deutschland. Dieser Trend wurde erst im Jahr 2007 gebrochen - zeitgleich mit der Einführung des Elterngeldes. Auch wenn dieser Zusammenhang nicht zu beweisen ist: Der - kleine - Erfolg der neuen Familienpolitik lässt sich anders kaum erklären.

Das Diskussionspapier ist unter www.berlin-institut.org kostenlos als PDF erhältlich.

Für Fragen und Interviews stehen Ihnen Dr. Reiner Klingholz unter 0 30 - 31 01 75 60 sowie Steffen Kröhnert unter 0 30 - 22 32 48 44 und Iris Hoßmann unter 0 30 - 31 10 26 98 zur Verfügung.

Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

Bankverbindung:
Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Online spenden per Lastschriftverfahren

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz

E-Mail: reiner.klingholz@berlin-institut.org

Telefon: 0 30-22 32 48 45